



## DER DIGITALE EURO

Die Diskussion über die mögliche Einführung eines digitalen Euro nimmt in der breiten Öffentlichkeit zunehmend Fahrt auf. Ergänzend zur Stellungnahme der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) im Rahmen der Konsultation der Europäischen Zentralbank (EZB) möchten wir unsere Sichtweise auf das geplante Vorhaben darlegen.

Nach der Veröffentlichung des EZB-Berichtes zum digitalen Euro („Report on a digital euro“) Anfang Oktober 2020, endete am 12. Januar die öffentliche Konsultation mit großer Resonanz. Bei der Gestaltung eines digitalen Euro müssen aus unserer Sicht besonders die folgenden drei Aspekte berücksichtigt werden:

- Die zukünftige währungspolitische Bedeutung des Euro im Vergleich zu anderen privaten und staatlichen digitalen Währungen;
- Die Beibehaltung des zweistufigen Geldsystems mit dessen wichtiger Stabilisierungsfunktion;
- Die Innovationsförderung in der EU durch den Einsatz von digitalem Geld.

### Wie ist der aktuelle Entwicklungsstand?

Der EZB-Bericht benennt Anforderungen an einen digitalen Euro und dessen Ausgestaltung. Die Ergebnisse der EZB-Konsultation werden gegenwärtig ausgewertet. Im Juni 2021 will der EZB-Rat eine Entscheidung darüber treffen, ob und in welcher Form ein digitaler Euro eingeführt wird. Unter Berücksichtigung notwendiger Testphasen gehen wir davon aus, dass die Einführung eines digitalen Euro innerhalb von fünf Jahren möglich ist.

Bereits im Sommer hatte die Deutsche Bundesbank zusammen mit dem Bundesfinanzministerium (BMF) eine branchenübergreifende Arbeitsgruppe mit Wirtschaftsvertretern initiiert, der auch VÖB-Mitgliedsinstitute angehören. Die Ergebnisse (LINK) wurden unter dem Titel „Geld in programmierbaren Anwendungen“ am 21. Dezember 2020 veröffentlicht.

### Was ist geplant?

Die EZB präsentiert in ihrem Bericht mehrere Ausgestaltungsmöglichkeiten auf Basis eines digitalen „Retail“-Euro als Zentralbankgeld (Retail CBDC), zu dem Verbraucher und Unternehmen direkt oder über Intermediäre Zugang erhalten sollen.

Zusätzlich zum Bargeld soll „digital Cash“ als eine Forderung gegen die Zentralbank eingeführt werden, das auf gleiche Weise für Zahlungen eingesetzt werden kann. In jedem Fall sollen neue und bestehende Geschäftsmodelle in voll-digitalen Umgebungen abgebildet werden und digitales Geld direkt in diese Prozesse eingebunden werden können. Hierdurch soll die Digitalisierung der europäischen Wirtschaft grundlegend unterstützt und die Bedeutung des Euro auf internationaler Ebene gestärkt werden. Insgesamt möchte die EZB die Währungsstabilität und -souveränität im digitalen Umfeld stärken.

## Unsere Position

### Wie bewerten wir das Vorhaben „digitaler Euro“?

Der digitale Euro stellt ein notwendiges Instrument im Wettbewerb privater und staatlicher Währungen dar. Gerade mit Blick auf das von Facebook vorangetriebene Digitalgeld „Diem“ (vormals Libra) und die Einführung eines chinesischen „E-Yuan“ ist es wichtig, dass sich die EZB mit dem Thema befasst und konkrete Handlungsoptionen bewertet werden. Erst kürzlich wurde bekannt, dass die People’s Bank of China einen Roll-out des digitalen Yuan nach der derzeitigen praktischen Testphase im Zuge der Olympischen Winterspiele 2022 avisiert.

Für den Erfolg eines digitalen Euro sehen wir mehrere grundlegende Anforderungen:

### Der digitale Euro muss universell einsetzbar sein

Mit einem digitalen Euro sollten Zahlungen programmierbar werden, aber kein programmierbares Geld geschaffen werden. „Programmierbares“ Geld kann nur zweckbezogen oder räumlich für bestimmte Dienste oder Nutzer eingesetzt werden und hätte damit nur begrenzte Einsatzmöglichkeiten. Dies könnte die Wertigkeit einer Währung (des Euro) mindern und zu einer Aufspaltung führen. Der digitale Euro muss daher universell einsetzbar sein. Insbesondere programmierbare Zahlungen, bspw. via Smart Contracts, bieten große Chancen für die digitale Wirtschaft.

### Das zweistufige Geldsystem muss erhalten bleiben

Nur mit einer wohlbedachten Ausgestaltung eines digitalen Euro wird die EU wirtschaftlich gestärkt und kann weltweit Standards setzen. Dabei darf der digitale Euro das bestehende zweistufige Geldsystem nicht aushebeln. Denn bei unmittelbarem Zugang zu digitalem Zentralbankengeld durch Verbraucher und Unternehmen kann es (insbesondere in Krisenzeiten) zu einem signifikanten Abzug von Sichteinlagen bei Geschäftsbanken kommen, das dann in Zentralbankgeld getauscht und bei der EZB verwahrt würde. In der Folge könnte es so zu einer Verknappung des Kreditangebots kommen und sich die Refinanzierungsbedingungen für Unternehmen (Kreditnehmer) deutlich verschlechtern. Dies gilt es besonders mit Blick auf die notwendige Stabilität der Finanzinfrastruktur zu vermeiden. Daher sollte von der Einführung eines „Retail“-Euro abgesehen werden.

### Wir präferieren einen digitalen „Wholesale“-Euro und Verzicht auf Ausweitung der EZB-Geldpolitik

Wir unterstützen einen digitalen Euro, der nicht als Konkurrenz, sondern als sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Zentralbankgeld etabliert wird. Wir präferieren dazu die Einführung eines „Wholesale“-Euro und damit den Fortbestand der Beschränkung des Zugangs zu Zentralbankgeld auf Zentralbanken und Geschäftsbanken. Die Bereitstellung eines europaweit standardisierten digitalen Girogeldes erfolgt dabei durch die Kreditwirtschaft. Damit wird die Kreditvergabe, inklusive der damit verbundenen Geldschöpfung, sichergestellt.

Sollte am aktuellen Konzept eines „Retail-Euro“ festgehalten werden, sprechen wir uns für eine Begrenzung in Form eines Höchstbetrages für die Verwahrung von Beträgen in digitalem Euro als Zentralbankwährung aus. Eine zweite Stufe, auch wenn negativ verzinst, birgt Stabilitätsrisiken für die Finanzwirtschaft (insbesondere durch Mittelverlagerungen) und wäre damit ungeeignet. Zudem würde die EZB-Bilanzsumme zusätzlich erheblich vergrößert. Auf diese Weise kann einer Destabilisierung der Wirtschaft in Krisen, einschließlich des Risikos der bereits beschriebenen Kapitalflucht zur EZB, gut begegnet werden. Der Euro als digitales Zentralbankgeld darf keinesfalls als Vehikel genutzt werden, um den Handlungsrahmen der EZB-Geldpolitik entscheidend auszuweiten.

Unter diesen Bedingungen kann die europäische Wirtschaft nachhaltig durch digitales Geld unterstützt und die Souveränität der EU gesichert werden.

**Für weitere Informationen oder Rückfragen wenden Sie sich gerne an:**

**[oliver.psyk@voeb.de](mailto:oliver.psyk@voeb.de) (+49 30 81 92 204) oder [michael.rabe@voeb.de](mailto:michael.rabe@voeb.de) (+49 30 8192 180).**

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 59 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 2.900 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Drittel des deutschen Bankenmarktes ab. Die öffentlichen Banken nehmen ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. [www.voeb.de](http://www.voeb.de)